

Stadtentwässerung Dresden GmbH



Vergabeunterlage

Zeitvertrag Lieferung von Kalk

**2. Heftung
- zurück an AG -**

Name und Anschrift des Bieters

Ablauf der Angebotsfrist:
Datum **15.07.2024** Uhrzeit **11:00**

Bindefrist endet am:
16.08.2024

Vergabestelle

Stadtentwässerung Dresden GmbH
Scharfenberger Straße 152
01139 Dresden

ANGEBOTSSCHREIBEN

Zeitvertrag

Lieferung von Kalk

Mein/Unser Angebot umfasst:

folgende beigefügte Unterlagen *)

- ☐ Besondere Vertragsbedingungen
- ☐ Zusätzliche Vertragsbedingungen
- ☐ Formblatt Erklärung Bezug zu Russland
- ☐ Formblatt Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ Formblatt Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ Formblatt Eigenerklärungen zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärungen (EEE)
- ☐ Leistungsverzeichnis (pdf-Datei)

folgende nicht beigefügte Unterlagen

- ☒ Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003
- ☒ die in der Leistungsbeschreibung angegebenen Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen

1.1 ☐*) Ich bin/Wir sind präqualifiziert und im Präqualifizierungsverzeichnis eingetragen unter Nummer:

Name: _____

PQ-Nummer: _____

Name: _____

PQ-Nummer: _____

Name: _____

PQ-Nummer: _____

Name: _____

PQ-Nummer: _____

Name: _____

PQ-Nummer: _____

*) ☐ Zutreffendes bitte ankreuzen

- 1.2 Zur Verhinderung des Einkaufs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit sind folgende Fragen zu beantworten:

Eine unabhängige Zertifizierung, die bestätigt, dass das Produkt/die Produkte nicht mittels ausbeuterischer Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder bearbeitet wurde/n (z. B. ein Fair-Handels-Siegel oder Rugmark-Siegel) liegt bei.

☐*) ja ☐*) nein

Liegt kein Nachweis vor, ist nachfolgende Erklärung abzugeben:

Ich/Wir versichern, dass das Produkt/die Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention Nr. 182 hergestellt und/oder verarbeitet wurde/n.

☐*) ja ☐*) nein

2. Zur Ausführung der Leistung erkläre(n) ich/wir, dass: *)

- ☐ ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
☐ ich/wir die Leistungen, die nicht im Formblatt Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

3. ☐*) Verpflichtungserklärung zum Mindestlohn

Zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (MiLoG) erkläre(n) ich/wir, dass ich/wir die jeweils aktuell gültigen gesetzlichen Regelungen und Anforderungen zum Mindestlohn einhalten. Soweit Dritte im Rahmen dieses Vertrages einbezogen oder beauftragt werden sollen werde/n ich/wir dem Auftraggeber vorab nachweisen, dass das dabei beauftragte Nachunternehmen die Einhaltung des Mindestlohngesetzes ebenfalls gewährleistet. Im Falle eines Verstoßes gegen die vorgenannten Verpflichtungen verpflichte/n ich mich/wir uns den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter, die sich aus dem Verstoß ergeben (insbesondere nach §13 MiLoG), freizustellen.

4. Ich/Wir biete(n) die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an. An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

Hauptangebot Endsumme in EUR netto	Umsatzsteuer in EUR	Hauptangebot Endsumme in EUR brutto

Nebenangebote	Anzahl: _____
---------------	---------------

Preisnachlass ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme für Haupt und Nebenangebote	_____ %
---	---------

Skontoangebot	Zahlungsfrist Abschlagszahlung: ____ d Zahlungsfrist Schlusszahlung: ____ d	Skonto: ____ %
---------------	--	----------------

<input type="checkbox"/> *) Mein/Unser Skonto gilt für jede einzelne fristgerechte Zahlung. <input type="checkbox"/> *) Mein/Unser Skonto gilt für _____ _____		
--	--	--

5. Ich/Wir erklären, dass

- ich/wir bei Verwendung eines selbstgefertigten Leistungsverzeichnisses (Abschrift oder Kurzfassung) den Wortlaut des vom Auftraggeber verfassten Leistungsverzeichnisses (Langtext) als alleinverbindlich anerkennen(n).
- mir/uns zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.

Ort, Datum, Name

Bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform bitte hier eintragen, in wessen Namen die Erklärung abgegeben wird.

Zeitvertrag

Lieferung von Kalk

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1. Fristen/Anlieferung und Annahmestelle

- 1.1 Der vorliegende Zeitvertrag gilt für die Zeit vom **01.09.2024** bis **31.08.2026**

Option: Vertragsverlängerung vom **01.09.2026** bis **31.08.2028**

Für die Inanspruchnahme der Option bedarf es einer schriftlichen Ausübungserklärung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf Ausübung der Option. Jegliche Ansprüche des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber in Zusammenhang mit der Nichtausübung der Option sind ausgeschlossen.

- 1.2 Die Kalklieferungen erfolgen in Silofahrzeugen. In der Kläranlage Dresden-Kaditz stehen 4 Silos mit einem Volumen von je 62 m³ zur Verfügung.
Jede Teillieferung muss in der Regel innerhalb von **3** bis **5** Werktagen nach Erteilung des Einzelauftrages durch den Auftraggeber erfolgen.

Lieferzeitraum: Montag bis Sonntag, **00:00** Uhr bis **24:00** Uhr

- 1.3 Anlieferungs- oder Annahmestelle

Ort: Kläranlage Dresden-Kaditz, Scharfenberger Straße 152, 01139 Dresden

Auf den Verkehrswegen innerhalb dem Gelände der Kläranlage Dresden-Kaditz gilt die Straßenverkehrsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

- 1.4 Anlieferung/Entladung

Der Entladevorgang der Fahrzeuge ist nach Einweisung und Freigabe durch das Betriebspersonal vom AN auszuführen. Der Entladevorgang wird vom Betriebspersonal überwacht.

Die erforderliche Reinigung bzw. Spülung der Schläuche setzt eine größtmögliche Entleerung durch Rücksaugen oder Ausblasen voraus. Dieses ist mit äußerster Sorgfalt in Bezug auf den Schutz der Gesundheit, der Umwelt und der Lagerbehälter auszuführen.

Spülwasser wird vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt.

Um Beschädigungen an den Tanks zu vermeiden, darf die Temperatur des angelieferten Produktes **35°C nicht überschreiten**. Sofern lt. Behälterschild höhere Temperaturen zulässig sind, gelten die dort vermerkten Maximalwerte.

2. Vergütung

- 2.1 Die Vergütung der Leistungen erfolgt nach den vereinbarten Preisen.

- 2.2 Die Einheitspreise sind für den Vertragszeitraum festgeschrieben. Die Vergütung erfolgt nach der tatsächlich erbrachten Leistung.

Zum Nachweis der Liefermenge ist dem Auftraggeber der **Lieferschein zur Bestätigung vorzulegen und der Wiegeschein zu übergeben**. Das Original verbleibt beim Auftraggeber. Der Lieferschein muss Angaben über Art und Umfang der Lieferung, Rahmenbestellnummer und Datum enthalten.

- 2.3 Preisgleitklausel

☒ wird nicht vereinbart

☐ gilt für den Zeitraum der möglichen Vertragsverlängerung als vereinbart

3. Überwachung der Anlieferung

Die Überwachung obliegt der Stadtentwässerung Dresden GmbH.

Diese hat

Herrn Wagner, Teamleiter Zentrale Abwasserbehandlung, Tel.: +49 351 822-3126

mit der Wahrnehmung beauftragt. Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

Die Benennung des weisungsberechtigten Mitarbeiters erfolgt mit dem Einzelauftrag.

4. Vertragsstrafen (§ 11)

- 4.1 Bei Überschreitung von Lieferfristen hat der Auftragnehmer als Vertragsstrafe zu zahlen:

☒ Mehrkosten für Deckungskauf

Bei Überschreitung der vereinbarten Lieferfrist für den Einzelauftrag ist der Auftraggeber berechtigt, einen Deckungskauf zu tätigen.

Dem Auftragnehmer werden die **Mehrkosten** hierfür in Rechnung gestellt.

- 4.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt **5 v. H.** der Auftragssumme (netto) begrenzt.

5. Mängelansprüche/Gefahrenübergang (§ 14)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt gemäß § 438 BGB zwei Jahre.

Die Gefahr geht erst nach Übernahme der Ware (Abschluss der Befüllung) an der Anlieferungsstelle auf den Auftraggeber über.

Der Bieter hat bei Angebotsabgabe die Qualität seiner Produkte verbindlich zu erklären und deren Einhaltung bei allen Teillieferungen zu gewährleisten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Qualität der Produkte stichprobenartig zu prüfen. Eine Nichteinhaltung der vom Bieter im Angebot verbindlich angegebenen Werte macht den Bieter schadenersatzpflichtig.

Die Teillieferungen werden vom Auftraggeber innerhalb von 4 Wochen untersucht. Dabei festgestellte Mängel werden dem Auftragnehmer unverzüglich mitgeteilt. Der Auftragnehmer verzichtet insoweit auf den Einwand verspäteter Mängelrüge.

6. Rechnungen (§ 15)

Alle Rechnungen sind dem Auftraggeber per E-Mail im pdf-Format an rechnung@se-dresden.de prüfbar zu übergeben. Mit dem Rechnungseingang beginnt die Zahlungsfrist von 30 Tagen.

Der Rechnung ist der vom Auftraggeber bestätigte Lieferschein einschl. Wiegeschein beizufügen.

7. Sicherheitsleistung (§ 18)

- 7.1 Sicherheit für die Vertragserfüllung ist in Höhe von 5,0 v. H. der Auftragssumme (brutto) zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt.

Stellt der Auftragnehmer die Sicherheit für die Vertragserfüllung binnen 18 Werktagen nach Vertragsabschluss (Zugang des Auftragsschreibens) weder durch Hinterlegung noch durch Vorlage einer Bürgschaft, so ist der Auftraggeber berechtigt, Abschlagszahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.

Die Sicherheit für Vertragserfüllung ist erst nach Abnahme und Stellung der Sicherheit für Mängelansprüche zurückzugeben, es sei denn, dass Ansprüche des Auftraggebers, die nicht von der gestellten Sicherheit für Mängelansprüche umfasst sind, noch nicht erfüllt sind. Hier kommen nicht erledigte vertragliche Schadensersatzansprüche aus der Zeit der Vertragserfüllung in Betracht. Dann darf der Auftraggeber auch für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit bis zur Höhe der Kosten für die noch nicht erledigten Ansprüche zurückhalten.

Die für Mängelansprüche zu leistende Sicherheit beträgt 3,0 v. H. der Abrechnungssumme (brutto).

- 7.2 Art der Sicherheit

Für die Vertragserfüllung und die Mängelansprüche kann Sicherheit wahlweise durch Einbehalt oder Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden. Der Auftraggeber kann die einmal von ihm gewählte Sicherheit durch eine andere der vorgenannten ersetzen.

- 7.3 Sicherheit durch Bürgschaft

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweilige Formblatt des Vergabe- und Vertragshandbuchs für Baumaßnahmen des Bundes (VHB) zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss inhaltlich vollständig den Formblättern des Auftraggebers entsprechen und zwar für:

- die Vertragserfüllung das Formblatt SICH 1 „Vertragserfüllungsbürgschaft“
- die Mängelansprüche das Formblatt SICH 2 „Mängelansprachebürgschaft“
- vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gemäß § 17 Abs. 2 VOL/B das Formblatt SICH 3 „Abschlagszahlungs-/ Vorauszahlungsbürgschaft“

Als Bürgen kommen nur die

- in den Europäischen Union oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kreditversicherer in Betracht. Zugelassene Kreditinstitute können unter www.bafin.de eingesehen werden.

Die Bürgschaftsurkunden müssen den Anforderungen des Auftraggebers entsprechend (§ 18 Abs. 4 VOL/B). Hierunter fallen ggf. folgende Erklärungen des Bürgen:

- „Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einrede der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle.“

Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in nur **e i n e r** Urkunde zu stellen.

Die Urkunde über die Abschlagszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.

Die Urkunde über die Vorauszahlungsbürgschaft wird zurückgegeben, wenn die Vorauszahlung auf fällige Zahlungen angerechnet worden ist.

Bürgschaften können dem Auftraggeber in Papierform oder digital über die Plattform Trustlog übergeben werden.

8. Zahlung (§17)

Vorauszahlungen werden keine geleistet.

Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt binnen 30 Tagen nach Eingang der prüfbaren Rechnung.

9. Urkalkulation

☐ Hat der Auftraggeber bis zur Auftragserteilung keine Urkalkulation verlangt, übergibt der Auftragnehmer spätestens 5 Kalendertagen nach Zuschlagserteilung unaufgefordert im verschlossenen Umschlag die Urkalkulation an den Auftraggeber, welche auch die Kalkulation aller Nachunternehmerleistungen enthalten muss. Für die Prüfung der Angemessenheit der Angebotspreise und für die Vergütungsberechnung von etwaigen Nachträgen ist der Auftraggeber berechtigt, die Urkalkulation zu öffnen und eine Kopie für Dritte anzufertigen. Die vertrauliche Behandlung der Urkalkulation wird zugesichert.

☒ Übergabe Urkalkulation nicht erforderlich

10. Arbeits- und Umweltschutz

Die Belästigung von Anwohnern und dem Betriebspersonal auf dem Kläranlagengelände durch Lärm, Aerosolbildung durch „Freiblasen“, Staubentwicklung und dergleichen ist auf ein Mindestmaß zu beschränken. Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen Lärmbelästigung, Staubentwicklung oder Beschädigung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber sofort schriftlich mitzuteilen.

Beim Befüllen der Silos ist darauf zu achten, dass das Produkt nicht in das Kanalsystem und/oder in das Erdreich gelangt. Ist dies doch der Fall, so ist der zuständige Vertreter des Auftraggebers sofort zu informieren.

11. Kündigung

11.1 Der Auftraggeber kann den Vertrag jederzeit fristlos kündigen, wenn der Auftragnehmer die Leistung nicht vertragsgerecht erbringt.

11.2 Erfolgt die Kündigung durch den Auftraggeber aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, z.B. mangelhafte Erfüllung, Nichteinhaltung von Terminen oder Insolvenz des Auftragnehmers, so kann der Auftraggeber Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen.

11.3 Der Auftragnehmer kann den Vertrag fristlos kündigen, wenn der Auftraggeber eine ihm obliegende Handlung unterlässt und dadurch den Auftragnehmer außerstande setzt, die Leistung auszuführen.

11.4 Die Kündigung ist von beiden Vertragspartnern schriftlich zu erklären.

12. Schlussbestimmungen

Für diese Vertragsbedingungen sowie die gesamten Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Kollisionsrechts.

Alle Änderungen, Ergänzungen und Erweiterungen dieses Vertrages bedürfen aus Beweisgründen der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf das Schriftformerfordernis selbst. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen.

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder sollte sich herausstellen, dass dieser Vertrag eine Regelungslücke enthält, so berührt dies die Wirksamkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht. Die Vertragsparteien sind in einem solchen Falle vielmehr verpflichtet, die unwirksame oder fehlende Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die wirksam ist und dem mit der unwirksamen oder fehlenden Bestimmung angestrebten Zweck so weit wie möglich entspricht.

Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag für beide Vertragsparteien ist Dresden.

Ende der Eintragungen

Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1 Art und Umfang der Leistungen (§ 1)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zur Anlieferungs- der Annahmestelle und Abladen, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist. Der Auftragnehmer hat Packstoffe zurückzunehmen und ggf. auf seine Kosten zu beseitigen. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Leistung abgegolten.

2 Änderung der Leistung (§ 2 Nr. 3)

- 2.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nr. 3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich - möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach - schriftlich mitteilen.
- 2.2 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

3 Ausführungsunterlagen (§ 3)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

4 Ausführung der Leistung (§ 4)

Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.

5 Holzprodukte (§ 4)

- 5.1 Holzprodukte als Bestandteil der Bauleistung müssen nach FSC/PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllen.
- 5.2 Der Nachweis der Anforderungen aus Nr. 5.1 ist vom Auftragnehmer bei Anlieferung auf der Baustelle durch Vorlage eines Zertifikates von FSC oder PEFC oder eines Gleichwertigkeitsnachweises oder durch Einzelnachweis zu erbringen.
- 5.3. Der Nachweis der Gleichwertigkeit – d. h. Übereinstimmung des Zertifikates mit dem für das jeweilige Herkunftsland geltenden Standards von FSC oder PEFC – bzw. der Nachweis, dass die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt werden, ist durch eine Prüfung vom Johann Heinrich von Thünen-Institut in Hamburg oder dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Bonn zu erbringen.

6 Wettbewerbsbeschränkungen (§ 8 Nr. 2), Antikorruptionsklausel

- 6.1 Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter
 - a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
 - b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages betraut sind, oder ihnen nahe-stehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
 - c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.

- 6.2 Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen gem. Nummer 6.1 a vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn ein Schaden in anderer Höhe wird nachgewiesen. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.
- 6.3 Bei nachgewiesenen Handlungen gem. Nummer 6.1 b oder 6.1. c ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 5 v.H. der Abrechnungssumme verpflichtet.
- 6.4 Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

7 Güteprüfung (§ 12 Nr. 2)

Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet.

8 Abnahme (§ 13)

- 8.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.
- 8.2 Die Gefahr geht - wenn nichts anderes vereinbart ist - auf den Auftraggeber über
- bei Lieferleistungen mit der Übernahme an der Anlieferungsstelle,
 - bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.

9 Mängelansprüche (§ 14)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung.

10 Rechnungen (§§ 15 und 17)

- 10.1 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.
- Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.
- 10.2 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

11 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
 - die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
 - die Art der Leistung,
 - die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
 - die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nachts-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
 - die Gerätekenngößen
- enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden. Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

12 Zahlungen (§ 17)

- 12.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.
- 12.2 Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet.
- Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

13 Überzahlungen (§ 17)

- 13.1 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 13.2 Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

14 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 19)

Bei Auslegung des Vertrags ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

15 Beachtung der Grundprinzipien und Kernarbeitsnormen der IAO

- 15.1 Der Auftragnehmer und seine Unterauftragnehmer sind verpflichtet, bei der Ausführung des Auftrages die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit gemäß der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) vom 18.06.1998 einzuhalten. Es sind dies:
- Die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen,
 - die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit,
 - die Abschaffung der Kinderarbeit und
 - die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.
- 15.2 Auftragnehmer und Unterauftragnehmer sind insbesondere verpflichtet, bei der Ausführung des Auftrages die Vorschriften einzuhalten, mit denen die entsprechenden Kernarbeitsnormen der IAO in nationales Recht umgesetzt worden sind; bei den Kernarbeitsnormen handelt es sich um die Übereinkommen Nr. 29, Nr. 87, Nr. 98, Nr. 100, Nr. 105, Nr. 111, Nr. 138 und Nr. 182. Maßgeblich sind dabei die Vorschriften des Landes, in dem der Auftragnehmer oder seine Unterauftragnehmer bei der Ausführung des Auftrages jeweils tätig werden. Handelt es sich dabei um ein Land, das eine oder mehrere Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert oder nicht in nationales Recht umgesetzt hat, so sind Auftragnehmer und Unterauftragnehmer verpflichtet, die innerstaatlichen Vorschriften mit gleicher Zielsetzung wie die betreffende Kernarbeitsnorm einzuhalten.
- 15.3 Bei Sachlieferungen ist der Auftragnehmer verpflichtet, nur solche Waren zu liefern, bei deren Herstellung die in Punkt 15.1 erwähnten Rechte und Prinzipien sowie die in Punkt 15.2 erwähnten Vorschriften eingehalten wurden. Herstellung in diesem Sinne umfasst die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung und alle folgenden Be- und Verarbeitungen. Wesentlich ist eine Be- oder Verarbeitung dann, wenn sie nach dem Zollrecht der EU den Ursprung der Ware in dem betreffenden Land begründet.
- 15.4 Verstößt der Auftragnehmer oder einer seiner Unterauftragnehmer gegen eine Regelung der Punkte 15.1 bis 15.3, so kann der Auftraggeber eine Vertragsstrafe in Höhe von 10 % des vertraglich vorgesehenen Entgelts (ohne Umsatzsteuer) verlangen. Betrifft der Verstoß nur einen Teil der Leistung, so fällt die Vertragsstrafe anteilig an.
- 15.5 Bei einem Verstoß gegen eine Regelung der Punkte 15.1 bis 15.3 handelt es sich um eine erhebliche Pflichtverletzung des Auftragnehmers, so dass der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten und Schadenersatz verlangen kann. Weitere gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

**Zeitvertrag
Lieferung von Kalk**

**Eigenerklärung
zur Umsetzung von Artikel 5k¹ⁱ Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des
Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates
vom 21. Juli 2022**

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Ich/Wir bestätigen und stellen sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Mit der Abgabe des Angebotes gilt diese Erklärung als vom Bieter unterschrieben.

Bei einer Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bietergemeinschaft als von jedem Mitglied unterschrieben:

Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

¹ⁱ Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

einschließlich – wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt – , Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienstellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder

f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Zeitvertrag

Lieferung von Kalk

ERKLÄRUNG DER BIETER-/ARBEITSGEMEINSCHAFT

(vom Bieter ggf. ausfüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

weitere Mitglieder

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären ¹⁾, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen annehmen kann. Alle Mitglieder haften als Gesamtschuldner für die Erfüllung des Vertrages.

.....
Ort, Datum Stempel / Unterschrift

.....
Ort, Datum Stempel / Unterschrift

.....
Ort, Datum Stempel / Unterschrift

.....
Ort, Datum Stempel / Unterschrift

¹⁾ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben. Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben.

Zeitvertrag
Lieferung von Kalk

VERZEICHNIS DER LEISTUNGEN/KAPAZITÄTEN ANDERER UNTERNEHMEN

(vom Bieter ggf. ausfüllen)

Bei der Ausführung des Auftrages beabsichtige ich mich der Fähigkeiten anderer Unternehmer zu bedienen. Hierzu benenne ich nachfolgend Art und Umfang der Teilleistungen und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle die Namen der vorgesehenen anderen Unternehmen.

Zum Nachweis, dass die erforderlichen Fähigkeiten (Mittel, Kapazitäten) der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, werden auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorgelegt.

LV-Position	Beschreibung der Teilleistung	Name des anderen Unternehmens (erst nach gesonderter Aufforderung der Vergabestelle)

In Hinsicht auf meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
Name des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung

Zeitvertrag

Lieferung von Kalk

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes

MINDESTANFORDERUNGEN FÜR NEBENANGEBOTE

Die Nebenangebote müssen folgende Mindestanforderungen erfüllen:

Allgemein

- Die Durchführbarkeit der Nebenangebote muss sich aus dem Nebenangebot, so wie es vorliegt, ergeben. Defizite hinsichtlich der vorgelegten Unterlagen werden durch den Auftraggeber durch eigene Nachforschungen nicht ausgeglichen.
- Sind zur Realisierung der Nebenangebote Zustimmungen von Dritten notwendig, sind diese mit dem Angebot einzureichen.
- Die Gleichwertigkeit von Nebenangeboten ist insbesondere bei folgenden Änderungen nicht gegeben:
 - Verkürzung der Zuschlagsfrist,
 - Forderung von nicht vorgesehenen Gleitklauseln für das Hauptangebot,
 - Umwandlung des Einheitspreisvertrages in einen Pauschalvertrag,

Weitere Mindestbedingungen

- Die Wirksamkeit des angebotenen Produktes wird durch den Auftraggeber in einem großtechnischen Versuch überprüft.
- Für den großtechnischen Versuch sind ca. 25 t durch den Bieter zu liefern. Die Abrechnung erfolgt nach dem angebotenen Preis. Weitere Aufwendungen werden nicht vergütet.

Zeitvertrag

Lieferung von Kalk

Eigenerklärungen zur Eignung

Bewerber/Bieter	
Straße	
PLZ Ort	
Ansprechpartner	
Telefonnummer	
Fax	
E-Mail	
Internetseite	

Ich bin/Wir sind präqualifiziert und im Präqualifizierungsverzeichnis eingetragen	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn Ja, unter Nummer		

Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, soweit es Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Jahr	Umsatz in EUR
2021	
2022	
2023	

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich /Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe(n).

Falls mein Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise aus den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren, mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

- Ansprechpartner
- Art der ausgeführten Leistung
- Auftragswert
- Ausführungszeitraum
- Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer
- Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer).

Die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren **jahresdurchschnittlichen beschäftigten Arbeitskräfte** mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal

	Anzahl Gewerbliche Arbeitskräfte	Anzahl Leitungspersonal
1. Jahr		
2. Jahr		
3. Jahr		

Eintragung in das **Berufsregister** ihres Sitzes oder Wohnsitzes

☐ Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister unter der Nummer
beim Amtsgericht

☐ Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet

Ich gehöre/Wir gehören zu

- ☐ Handwerk
- ☐ Industrie
- ☐ Handel
- ☐ Versorgungsunternehmen
- ☐ Sonstigem

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir auf Verlangen der Vergabestelle zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung,

Handelsregistrauszug,

Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer

Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

	Eine rechtskräftige Verurteilung oder eine rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten wegen:	liegt <u>nicht</u> vor	liegt vor
§ 123 (1) Nr. 1	§ 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 2	§ 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nummer 2 StGB zu begehen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 3	§ 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 4	§ 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 5	§ 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 6	§ 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 7	§ 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 8	§§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (ausländische und internationale Bedienstete)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 9	Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung Internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (1) Nr. 10	§§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 123 (4) Nr. 1	Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht erfüllt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

	Fakulative Ausschlussgründe	liegt <u>nicht</u> vor	liegt vor
§ 124 (1) Nr. 1	Bei der Ausführung öffentlicher Aufträge wurde gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 124 (1) Nr. 2	Das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet, die Eröffnung eines solchen Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt. Das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 124 (1) Nr. 3	Das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	Fakulative Ausschlussgründe	liegt <u>nicht</u> vor	liegt vor
§ 124 (1) Nr. 4	Das Unternehmen hat Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 124 (1) Nr. 7	Das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fort-dauernd mangelhaft erfüllt. Dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Scha-densersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 124 (1) Nr. 8	Das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
§ 124 (1) Nr. 9	Das Unternehmen a) hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen. b) Hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzu-lässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte. c) Hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beein-flussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ich bin/Wir sind Mitglied	
<input type="checkbox"/> der Berufsgenossenschaft	
unter der Nummer	
Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweiligen Bestätigungen der Eigenerklärung innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle vorgelegt werden müssen.	

<input type="checkbox"/> Ich erkläre/Wir erklären, dass ich eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von -pauschal für Personen- und Sachschäden 1.500.000 € -für Vermögensschäden 500.000 € abgeschlossen habe/haben. Eine aktuelle Deckungsbestätigung des Versicherers bzw. ein Nachweis, dass der Prämienangleich erfolgt ist, ist auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

Sonstige Nachweise
- Produktdatenblatt - Sicherheitsdatenblatt

Stadtentwässerung Dresden GmbH



Vergabeunterlage

Zeitvertrag Lieferung von Kalk

- Leistungsbeschreibung -

Lieferung von Kalk

Leistungsbeschreibung

Die Stadtentwässerung Dresden GmbH betreibt in 01139 Dresden, Scharfenberger Str. 152 die Kläranlage Dresden-Kaditz. Zur pH-Wert-Regulierung der Belebungsanlage wird Weißkalkhydrat eingesetzt. Bestandteil dieser Ausschreibung ist die kontinuierliche Belieferung der Kläranlage mit diesem Produkt.

Die Kalklieferungen erfolgen in Silofahrzeugen. In der Kläranlage Dresden-Kaditz stehen 4 Silos mit einem Volumen von je 62 m³ zur Verfügung. Die Bestellung einer Lieferung erfolgt telefonisch durch einen Mitarbeiter der SEDD GmbH, die Lieferung muss danach innerhalb von üblicherweise 3, maximal aber 5 Werktagen erfolgen. Die 4 Silos sind Eigentum der SEDD GmbH.

Der derzeitige Verbrauch in der Kläranlage Dresden-Kaditz beträgt 1700 t/a (ca. 70 Lieferungen) Weißkalkhydrat. Die Mengen werden auf der Basis einer Schätzung ausgeschrieben. Diese Schätzung beruht auf dem Verbrauch der letzten Jahre, es besteht allerdings kein Anspruch auf vollen Lieferumfang.

Die Rechnungslegung kann für die Einzellieferungen erfolgen, möglich ist auch eine monatliche Sammelrechnung.

Das angebotene Produkt ist hinsichtlich seiner Zusammensetzung umfassend zu beschreiben, sämtliche Zuschlagsstoffe sind anzugeben.

Mit Einreichung des Angebotes ist ein Datenblatt über die Produktzusammensetzung und ein Sicherheitsdatenblatt vorzulegen.

Freies Wasser:

Der Masseanteil an freiem Wasser im angebotenen Produkt muss < 2,00 % sein.

Bedarfsweise ist eine technische oder technologische Beratung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer erforderlich. Mit der Auftragsbestätigung durch den Auftragnehmer ist ein Ansprechpartner zu benennen.

Die angebotenen Einheitspreise verstehen sich einschließlich Transport und Entladung zuzüglich der gesetzlich geltenden Mehrwertsteuer.

Nebenangebote, speziell die Lieferung von Ersatzprodukten mit ähnlichen chemischen und physikalischen Eigenschaften sind zugelassen. Der Auftraggeber behält sich vor, ggf. die Wirksamkeit in einem großtechnischen Versuch vor Auftragserteilung zu überprüfen.

Für den großtechnischen Versuch sind ca. 25 t durch den Bieter zu liefern. Die Abrechnung erfolgt nach dem angebotenen Preis. Weitere Aufwendungen werden nicht vergütet.

(Der Zuschlag wird für das wirtschaftlichste Produkt, bezogen auf den Preis, erteilt.)

Stadtentwässerung Dresden GmbH



Vergabeunterlage

Zeitvertrag Lieferung von Kalk

- Leistungsverzeichnis -

Lieferung von Kalk

Leistungsverzeichnis

1. Lieferung von Kalk (wie in der Leistungsbeschreibung beschrieben,
Masseanteil an freiem Wasser mindestens < 2,00 %) inkl. Transportkosten zur Kläranlage
Dresden-Kaditz

Jahresmenge 1.700 t Weißkalkhydrat

Einheitspreis:EUR/t Gesamtpreis:EUR/a

Angebotssumme Pos. 1 für 2 Jahre (netto)EUR

zzgl. 19 % MwSt.EUR

Angebotssumme brutto EUR
=====